

## Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt <b>Kämmerei</b>	Nr. <b>003/2007</b>
---------------------------------------	------------------------

### Betreff:

Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2007 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist

Beratungsfolge	Termin
<b>Finanzausschuss</b> Berichterstattung: Herr KK Dr. Funke	26.01.2007
<b>Kreisausschuss</b> Berichterstattung: Herr KK Dr. Funke	02.02.2007
<b>Kreistag</b> Berichterstattung: Herr KK Dr. Funke	09.02.2007

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
<b>Falls ja:</b>		
<b>Im Haushaltsplan vorgesehen:</b>	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
	Hhst.	Betrag (EUR)
<b>1)</b> Investitionskosten/einmalige Ausgaben:	<b>2)</b> Laufende Kosten jährlich:	
insgesamt:	EUR	insgesamt: EUR
Beteiligung Dritter:	EUR	Beteiligung Dritter: EUR
Belastung Kreis Warendorf:	EUR	Belastung Kreis Warendorf: EUR

**Beschlussvorschlag:**

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2007, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist, wird mit den Änderungen, die sich aus dieser Sitzung ergeben, beschlossen.

### **Erläuterungen:**

Es sind die Teile des Haushaltsplanes 2007 zu beraten, die in die **alleinige** Zuständigkeit des Finanzausschusses fallen. Die als Anlage beigefügte Liste enthält im Einzelnen die Teile des Haushaltsplanes nach Produkten, die zur Beratung und Beschlussfassung anstehen. Eingegangene Anträge zu den unter diesen Tagesordnungspunkt zu behandelnden Produkten sind als Anlagen beigefügt. Soweit Anträge zum Haushalt noch eingehen, werden diese nachgereicht.

Der im Entwurf der Haushaltssatzung ausgewiesene Hebesatz zur allgemeinen Kreisumlage von 31,1 v.H. der Umlagegrundlagen soll nach Vorschlag des Landrates in seiner Haushaltsrede vom 08.12.2006 um 0,1 Prozentpunkt auf 31,0 v.H. der Umlagegrundlagen abgesenkt werden.

Dieser Umlagesatz berücksichtigt die Abrechnung der auf den Kreis entfallenen Kosten der Umsetzung des Sozialgesetzbuches II außerhalb der Kreisumlage. Inzwischen steht fest, dass diese Abwicklung nicht mehr zugelassen wird. Somit ist die Finanzierung der im Entwurf des Haushaltes enthaltenen Erstattung durch die Städte und Gemeinden in Höhe von 23.504.000 € (unter Berücksichtigung der auf 31,2 % abgesenkten Beteiligung des Bundes an den Aufwendungen für Unterkunft und Heizung) über die Kreisumlage sicher zu stellen. Dabei ist davon auszugehen, dass 1 Prozentpunkt Kreisumlage sich auf 2.516 T€ (Umlagegrundlagen nach dem GFG 2007, 2. Modellrechnung: 251,6 Mio. €) beläuft.

Daraus ergibt sich eine Anhebung des Satzes von 31,0 v.H. um 9,35 Prozentpunkte auf 40,35 v.H.

In ihrer Stellungnahme zu den Eckdaten für den Kreishaushalt haben die Städte und Gemeinden durch ihren Sprecher, Herrn Bürgermeister Hoffstädt, Ostbevern, die im Vorbericht abgedruckte Stellungnahme abgegeben. Darin fordern sie auf der Grundlage der seinerzeit bekannten Daten eine Absenkung des Hebesatzes auf 30,6 v.H. sowie eine weitere Reduzierung, soweit sich weitere Verbesserungen ergeben sollten.

1. \_\_\_\_\_  
Amtsleitung
2. \_\_\_\_\_  
Dezernent
3. \_\_\_\_\_  
Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen  
Auswirkungen)
4. \_\_\_\_\_  
Landrat